Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1922

299 (3.7.1922) Mittagausgabe

Visual Library

Karlsruhe, Montag, den 3. Juli 1922 — Mittag-Ausgabe. — 38. Jahrgang. Nr. 299

Bezugs-Preise:
In Karlsruhe: Im Verlage und in den Zweigstellen abgeholt monatlich ℳ 37.—, frei ins Haus geliefert ℳ 41.—.
Auswärts: Von unseren Agenturen bezogen ℳ 41.—. Durch die Post einschl. Zustellgebühr ℳ 41.—.
Einzelnummer bis 4 Seiten Umfang ℳ 1.—, über 4 Seiten Umf. ℳ 1.50.
Anzeigen:
Die 1spaltige Nonpareillezeile ℳ 6.—, auswärts ℳ 8.—. Stellengesuche und Familienanzeigen ℳ 4.50. Die Reklamezeile ℳ 30.—, an erster Stelle ℳ 32.50. Bei Wiederholung tarifiester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konkursen außer Kraft tritt.
Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.
Im Fall höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Badische Presse

und

Handels-Zeitung

Neue Badische Presse — Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. Thiergarten.
Chefredakteur: Dr. Walther Schneider.
Verantwortliche Redakteure: Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider; für badische Politik: M. Holzinger; für Auslandspolitik: A. Kimmig; für Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung: A. Rudolph; für lokale Angelegenheiten u. Sport: R. Volderauer; für die Handelszeitung: Dr. H. Dröse; für Anzeigen: A. Rinderspacher, alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metger.

Fernsprecher: Geschäftsstelle: Nr. 86. Redaktion: Nr. 309 und 319.
Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.
Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359.

Die Verbindungen Günthers.

Rechtfertigung des Preußischen Pressedienstes.

m. **Berlin**, 3. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung). Der amtliche Preußische Pressedienst wendet sich gegen die Angriffe der „Korrespondenz der deutschnationalen Volkspartei" und einer Anzahl rechtsstehender Blätter auf Grund seiner Veröffentlichung über die Verhaftung des cand. jur. Guenther und erklärt zu dieser Angelegenheit u. a. folgendes:

Der angegriffene, aber scheinbar in den Blättern nicht genau gelesene Passus des amtlichen preußischen Pressedienstes lautete: „Im Besitze des Günther, der sich, wie oben erwähnt, auf seine nähere Bekanntschaft mit führenden rechtsstehenden Persönlichkeiten bezog, ist eine Reihe von Briefen gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß Günther in gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der deutsch-nationalen Volkspartei gestanden hat. So wurden Briefe von Helfferich, Ludendorff, Jagow, Westarp gefunden." Den amtlichen preußischen Pressedienst könnte demnach ein Verschulden nur treffen, wenn die gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu den namentlich genannten Herren nicht beständen. Herr Helfferich hat als Anlage zu seinen durch die deutschnationale Parteikorrespondenz veröffentlichten Schreiben Günther einen Fahnenweihspruch geschickt, der eigenhändig geschrieben), lautet:

Fahnenspruch.

Mahne an die Vergangenheit!
Wache über der Gegenwart!
Bereite die Zukunft!

Berlin, den 22. März 1922, am 150. Geburtstag des großen Kaisers.
Dr. Helfferich, Staatsminister des Reichstages.

Wenn ein Staatsminister a. D. und Führer einer politischen Partei in exponierter Stellung dem Vorstandsmitgliede eines deutschnationalen Jugendvereins einen politischen Fahnenspruch zusendet, der ersichtlich politische Wirkungen auslösen soll, so stellt das politische Beziehungen dar. Herr v. Jagow hat in einer Korrespondenz mit Günther gestanden, von der zwei eigenhändig geschriebene Brief aus der Festung Gollnow Zeugnis ablegen. Es handelt sich hier um die Einladung an Günther, ihn zu Ostern in Gollnow zu besuchen. Herr v. Jagow, der ausdrücklich bemerkt, daß Briefe nicht kontrolliert werden, erklärt sich noch bereit, zu diesem Besuch Günthers, der im Bahnhofshotel stattfinden sollte, das Essen zu bestellen. Das kann nur als gesellschaftliche Beziehung bezeichnet werden, und da nicht anzunehmen ist, daß Herr v. Jagow mit dem 21jährigen Vorstandsmitglied eines deutschnationalen Jugendvereines über andere Dinge als die diesen und ihn interessierenden politischen Fragen sprechen wollte, dürfte wohl über das Gesellschaftliche hinaus auch noch der Begriff der politischen Beziehungen zutreffen. Günther, der in der Tat zum Besuch Jagows in Gollnow gewesen ist, ist von Herrn v. Jagow auch nach München geschickt worden, um dort in der Angelegenheit der Wiederaufnahme seines Hochverratsverfahrens für ihn zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit hat Günther in München auch mehrfach mit General Ludendorff gesprochen. Es handelt sich also hier um politischen Kurierdienst. Graf Westarp hat Günther für die Ortsgruppe Hansa des deutschnationalen Jugendbundes ebenfalls einen Fahnenweihspruch für die „Flagge schwarz—weiß—rot" übersandt. Bei einem Politiker vom Range des Grafen Westarp wird man einen solchen Akt, in dem er in einer heute hochpolitisch gewordenen Frage an die Jugend einer politischen Partei appelliert, nur politisch werten können. Ebenso hat General Luddendorff Günther einen eigenhändig geschriebenen Fahnenweihspruch gesandt. Dem Fahnenspruch lag ein eigenhändiges Begleitschreiben Ludendorffs bei mit der Anrede „Lieber Günther!" und mit dem Schlußwort „Mit herzlichem Gruß". Die Annahme von dem Bestehen zum mindesten gesellschaftlicher Beziehungen wird durch eine weitere eigenhändige offene Postkarte Ludendorffs aus München an Günther bestärkt, in der er ihm besten Dank für Wünsche ausspricht, die er erwidere. Günther besaß übrigens eine Art Blanko-Empfehlungsschreiben des früheren Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, das ihm die Anknüpfung gesellschaftlicher Beziehungen in angesehenen deutschnationalen Kreisen sehr erleichtern mußte.

Die Mitschuld Knauerts.

T.U. **Berlin**, 2. Juli. Die Ueberführung des in Düsseldorf verhafteten Ingenieurs Knauerts nach Berlin findet in den nächsten Tagen statt. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß Knauerts an der Ermordung Rathenaus nicht teilgenommen hat; doch besteht der Verdacht, daß er die Attentäter begünstigt hat.

Auffindung eines Waffenlagers.

F.F. **Freiberg** (Sachsen), 3. Juli. (Eig. Meldg.) Bei dem Eigentümer des bekanntlich schon vor einigen Tagen von der Berliner Polizei beschlagnahmten Mordautos, dem deutschvölkischen Fabrikanten Johannes Küchenmeister in Freiberg, hat jetzt eine von sächsischen Beamten vorgenommene Durchsuchung ein umfangreiches Waffen- und Munitionslager zutage gefördert. Es wurden gefunden: 2 Minenwerfer, 6 schwere Maschinengewehre, 4 leichte Maschinengewehre, 150 Gewehre, 30 Kisten Munition und eine telephonische Einrichtung. Alle diese Gegenstände waren in einem Schacht eingemauert.

Eine Gedächtnisfeier für Rathenau.

en. **Köln** a. Rh., 3. Juli. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Anläßlich der Ermordung des Reichsaußenministers Dr. Rathenau fand gestern mittag auf Veranlassung der Ortsgruppe Köln der Deutschen demokratischen Partei eine Gedächtnisfeier statt, bei der Reichstagsabg. Erkelenz das Leben Rathenaus als Großindustrieller und als Staatsmann einer Betrachtung unterzog. In 1½stündigen Ausführungen untersuchte der Redner den Boden der Atmosphäre, aus der der Mord entstanden sei. Die jetzige Lage Deutschlands mit dem verlorenen Kriege und dem Versailler Friedensvertrag, die Machtpolitik der ehemaligen Feinde habe den Tiefstand der Raserei in unserem Volke geschaffen. Aber nicht nur außenpolitische Gründe seien die Ursache, sondern auch innenpolitische Symptome hätten die jetzige Atmosphäre geschaffen. Weite Schichten unseres Volkes seien in den Hintergrund gedrückt worden, die vor dem Kriege jahrhundertelang die Macht gehabt hätten. Diese Kreise seien sehr enttäuscht worden und seien heute heimatlos geworden. Zu diesen politischen Gründen trete auch die Wirtschaftslage, die Geldentwertung, durch die weite Kreise des Bürgertums in arge Bedrängnis gekommen seien. Alle diese Kreise sehen in der heutigen Regierung und in der republikanischen Staatsform den Grund zu unserem Niedergang und glauben nunmehr, mit den Waffen in der Hand den jetzigen Zustand zu beheben. Aus dieser Auffassung heraus sei der ruchlose Mord an Dr. Rathenau verübt worden. Im weiteren Verlauf unterzog der Redner das Leben Rathenaus als Großindustrieller und als Staatsmann einer eingehenden Würdigung. Er habe, nachdem er 78 Prozent seines früheren Einkommens aufgegeben, zuerst die Fäden mit England und Frankreich wieder angeknüpft und zuletzt in Genua beim Abschluß des Vertrages von Rapallo bewiesen, daß er kein Schablonenpolitiker ist. Zum Schluß forderte der Redner die Regierung auf, alle Mittel zum Schutze der Republik zu gewähren.

Das Garantiekomitee in Berlin.

m. **Berlin**, 2. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Garantiekomitee hat nunmehr 4 Ausschüsse gebildet. Der erste beschäftigt sich mit den Reichseinnahmen. In ihm fungiert als Vorsitzender ein Engländer; neben ihm noch ein Franzose und ein Amerikaner. Der 2. Ausschuß hat die Kontrolle über die Reichsausgaben und steht unter dem Vorsitz eines Belgiers. Der 3. Ausschuß ist derjenige, der sich mit der Kapitalsflucht aus Deutschland und der Rückführung bereits geflüchteten Kapitals nach Deutschland befaßt. Er steht unter der Führung des Präsidenten des Garantiekomitees, des Franzosen Montclair. Der 4. Ausschuß ist mit statistischen Arbeiten beschäftigt. Den Vorsitz führt wiederum ein Franzose. Die Arbeiten dieses Ausschusses sind rein technischer Natur und wickeln sich glatt ab in unmittelbarem Zusammenwirken mit den Beamten des Statistischen Reichsamtes.

In den übrigen 3 Ausschüssen sind ebenfalls im Laufe der verflossenen Woche grundsätzliche Besprechungen erfolgt. Bis jetzt haben sich die Verhandlungen auf durchaus loyaler Basis glatt abgewickelt.

Plünderungen von Lebensmittelgeschäften.

m. **Berlin**, 3. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung). Genau wie im Herbst vorigen Jahres, als auf die Geldentwertung die Lebensmittelpreise und die Preise für Bedarfsartikel des täglichn Lebens ungeheuerlich stiegen, haben in Neukölln, dem Vororte von Berlin, ganz spontan Lebensmittelplünderungen eingesetzt. So zeigt sich als Symptom unserer heutigen schrecklichen Geldentwertung die Tatsache, daß in verschiedenen Orten der Provinz die arbeitende Bevölkerung zu Plünderungen von Lebensmittelkaufhäusern schritt. So werden aus Zensenberg a. d. L., wo der größte Teil der Belegschaft der staatlichen Braunkohlengrube „Else" wohnt, Plünderungen gemeldet, die sich am Samstag zugetragen haben. Diese Aktionen wenden sich in Wirklichkeit an eine falsche Stelle.

Es ist wohl in Deutschland keinem Kaufmann der Vorwurf zu machen, daß er durch seine Person die Verteuerung der Artikel des täglichen Bedarfs zu eigennützigen Zwecken verursacht hat. Wer in der Provinz die Preisgestaltung ganz genau verfolgt, weiß genau, daß gerade in der Zeit, wie der unsrigen, wo auch die Außenpolitik durch die Nachkriegsverträge von wirtschaftlichen Momenten bestimmt wird, die Preisgestaltung auf unserem Markt zu sehr mit der Politik verquickt ist, als daß man einzelnen Personen die Schuld an den gewaltigen Preiserhöhungen in die Schuhe schieben darf. Der Dollar ist Ende der vorigen Woche nicht deshalb gestiegen, weil an der Börse gewissenlose Geldschieber sind, sondern weil außen- und innenpolitische Faktoren zwangsläufig auf die Marktparität eingewirkt haben. Es ist überflüssig, in diesem Zusammenhang auf die einzelnen Faktoren hinzuweisen. Es ist in Deutschland bereits vollkommen klar, daß nicht der Kaufmann, der doch schließlich Mitleidtragender der ungeheuerlichen Preiserhöhung der letzten Zeit ist, für diese verantwortlich gemacht werden kann.

Hilfsbedürftigkeit Deutschlands.

TU. **Paris**, 3. Juli. Der Berichterstatter des „Journal" erfährt aus autorisierter Quelle, daß die deutsche Regierung die Absicht habe, das Garantiekomitee zu bitten, dringend bei den Alliierten zu intervenieren, damit diese Deutschland zu Hilfe kommen. Die deutsche Regierung wäre nicht in der Lage, den Marksturz zu verhindern. Bevor sie daran denken könne, Reparationen zu bezahlen, müsse sie ihre eigene Bevölkerung ernähren, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Einweihung des Neubaues des Instituts für Verkehrswissenschaften in Köln.

hr **Köln** a. Rh., 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Im Rahmen der ordentlichen Mitgliederversammlung der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Verkehrswissenschaft fand gestern die Einweihung des Neubaues des Instituts zur Förderung der Verkehrswissenschaft statt. Damit ist ein weiterer Schritt zur Nutzbarmachung der Ergebnisse der Forschung und Lehre für das deutsche Wirtschaftsleben vollzogen worden.

Der hohen Bedeutung des Fortschritts entsprechend hat die Gesellschaft derEröffnung durch eine große Veranstaltung ein festliches Gepräge gegeben. Bereits gestern nachmittag hatte im Sitzungssaal der hiesigen Handelskammer eine Sitzung des Verwaltungsrates zur Förderung des Instituts stattgefunden. Am Abend vereinigte sich eine große Anzahl von eingeladenen Gästen aus der Wissenschaft und dem Wirtschaftsleben, sowie der Presse zu einem Begrüßungsabend in der Kölner Bürgergesellschaft.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die gestrige Festversammlung in der Universität, zu der auch zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, sowie der Wissenschaft und Wirtschaft erschienen waren. Eingangs der Versammlung nahm der Präsident der Gesellschaft, Generaldirektor Ott, das Wort zu einer Begrüßungsansprache, in der er kurz die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft darlegte. Aus dem Haushaltsplan der Gesellschaft, der vom Direktor Dr. Esch erstattet wurde, war zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl von 33 seit der Gründung auf 796 erhöht hat. An diese geschäftlichen Angelegenheiten schloß sich ein Vortrag des Staatssekretärs Stieler vom Reichsverkehrsministerium über „Transportfragen in Genua" an.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

m. **Berlin**, 3. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung). Der Verein der Berliner Buchdruckereibesitzer beschäftigte sich am Samstag in einer längeren Sitzung mit der Lage des Berliner Buchdruckgewerbes. Noch bevor ein Beschluß gefaßt worden war, als Antwort auf den Tarifbruch der Buchdrucker zur Aussperrung zu schreiten, traf die Mitteilung ein, daß die Arbeitnehmer ihrerseits beschlossen haben, am Samstag mittag 12 Uhr in den Streik zu treten. Diese Parole ist auch, so weit es die Buchdrucker betrifft, restlos befolgt worden. Die Berliner Buchdruckereien sind in ihrer Gesamtheit stillgelegt, sodaß auch die sozialistischen Blätter nicht mehr erscheinen können. Die Buchdrucker geben täglich ein gewerkschaftliches Mitteilungsblatt heraus. Die Haltung der Hilfsarbeiter steht noch nicht fest, da der Hilfsarbeiterverband noch keine Direktiven erlassen hat; aller Wahrscheinlichkeit nach dürften sich auch diese dem Streik anschließen.

Der Prozeß gegen die Mörder Nabakows.

m. **Berlin**, 3. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung) Am Montag morgen sollte der Prozeß gegen die beiden russischen Anarchisten beginnen, die vor einigen Wochen in der Philharmonie Professor Miljukow anläßlich eines Vortrages zu ermorden versuchten und dabei seinen in Berlin lebenden Freund Nabakow töteten und mehrere Personen verletzten. Der Vorsitzende der gegen die Mörder verhandelnden Strafkammer hatte unerwartet die Mitteilung erhalten, daß die beiden Verteidiger der Russen erkrankt seien und infolgedessen die Verteidigung nicht durchführen könnten. Nach der Strafkammerordnung muß ein Angeklagter durch einen Anwalt vor der Strafkamer vertreten werden und so wandte sich der Vorsitzende, um den Prozeß nicht vertagen zu müssen, an einen Anwalt, den er als Offizialverteidiger zu bestellen wünschte. Bei der Kürze der Zeit war es diesem Anwalt jedoch nicht möglich, das sehr umfangreiche Aktenmaterial durchzuarbeiten und so wird voraussichtlich am Montag der Prozeß gegen die beiden Attentäter doch vertagt werden müssen, bis der nunmehr mit der Verteidigung beauftragte Anwalt sich einen Ueberblick über die vorliegenden Akten verschafft hat.

Die Abdankung Nikolaus II.,

des letzten Selbstherrschers aller Reußen.

Von Arthur Böhtlingk.

Der verhängnisvolle Verlauf des großen Krieges, den das Zarentum vom Zaune gebrochen hatte, und hereinbrechende Hungersnot drohten es ständig über den Haufen zu werfen. Am 10. März 1917 kam der Vulkan zum Ausbruch. Die Straßen Petersburgs begannen wüste Volksmengen mit roten Fahnen, unter Absingung der Arbeiter-Marseillaise zu durchziehen. „Nieder mit der Regierung! — Nieder mit dem Kriege! — Nieder mit der Deutschen (der unglücklichen Kaiserin!" lauteten die vorangetragenen Inschriften. Einige Salven schienen die Ruhe wieder hergestellt zu haben. Strengstes Verbot jeder Ansammlung mit Androhung militärischen Einschreitens vermochten indes am folgenden Tage, einem Sonntage, nichts mehr. Ein Garde-Regiment weigerte sich zu schießen. In der Nacht machte es seine Offiziere nieder und fraternisierte alsbald mit den Aufständischen. Der Justizpalast geht in Flammen auf, das Arsenal wird erstürmt. Bald steigen an allen Ecken und Enden Feuersäulen auf. Die durch Regierungserlaß vertagte Duma versammelt sich wieder und ernennt einen Vollziehungs-Ausschuß. Die von „Räten" organisierten Arbeiterbataillone bemächtigten sich der Peter-Pauls-Festung und errichten ihr Hauptquartier im Finnländischen Bahnhofsgebäude.

Am 13. März sind sämtliche Regimenter der Hauptstadt, die nicht nur den Schutzwall des Zarentums bildeten — auf sie hatten auch die Gemäßigten unter den Aufständischen, die Konstitutionellen, die die bestehende Ordnung und die monarchische Verfassung retten wollte, ihre Rechnung gestellt —, zu den Aufständischen übergetreten.

Zar Nikolaus war abwesend. Er befand sich zur Zeit in Mohilew. Auf die Hiobspost aus der Residenz ernannte er den General Ivanow zum Militär-Diktator in derselben und schien somit sie gewaltsam wieder unterkriegen zu wollen. Er selbst eilte herbei. Zu spät! Die Eisenbahnen waren bereits soweit in der Gewalt der „Räte" und damit der Republikaner, daß er garnicht bis Zarskoje-Selo kommen konnte.

Er dachte an Umkehr nach Moskau. „Moskau wird mir treu bleiben. Fahren wir nach Moskau!" Nur zu bald erfuhr er indes, daß auch dieses sich in vollem Aufstande befinde. Schließlich wollte er seine Zuflucht zum Heere nehmen. In Pskow, dem Hauptquartier des Nordheeres, angelangt, bekam er indes aus dem Munde des Generals Rußki zu hören, daß die Armee-Befehlshaber, die der Oberbefehlshaber Alexejew telegraphisch befragt hatte, allesamt der Meinung seien, daß er abdanken müsse. Kurz darauf erschienen die Abgesandten der Duma, um ebenfalls auf Abdankung zu Gunsten seines Sohnes zu dringen, der als Unmündiger unter der Regentschaft des Großfürsten Michael, des Bruders des Zaren, regieren sollte: es sei dies das Einzige, das Rußland und die Dynastie noch retten könne.

Der derart von Allen, selbst von seinem Heere Verlassene, machte keine Umstände. Er war für seine Person offenbar, wie dies Paléologue, der geniale französische Botschafter an der Newa, dem wir die ebenso eingehende als verläßlige Darstellung der ganzen Tragödie verdanken, bezeugt, längst resigniert. Schon unterwegs, bevor noch irgend Jemand wegen seiner Abdankung an ihn herangetreten war, hatte er gelassen bemerkt: „Falls die Revolution triumphiert, werde ich willig abdanken. Ich werde in Livadia (dem Lustschlosse an der bezaubernden Ostküste der Krim) hausen. Im vergöttere die Blumen".

Nikolaus konnte jedoch sich nicht entschließen, sich von seinem schwerkranken, über alles geliebten Sohne zu trennen. Bevor er seinen endgültigen Entschluß kundgab, fragte er den Chirurgen Professor Feodorow, ob der Großfürstthronfolger je gesunden könne. „Nein, Majestät!" lautete die Antwort. „Sein Leiden ist unheilbar". Worauf der unglückliche Vater: „Das meint die Kaiserin schon lange, ich, ich zweifelte noch... Da es Gott so gefügt hat, werde ich mich von meinem armen Kinde nicht trennen". Und so dankte er zu Gunsten des Großfürsten Michael ab. Die beiden Abgesandten der Duma waren es so zufrieden. Viele urteilten indes, wie Sassanow, der Minister des Auswärtigen bei Kriegsausbruch, daß Nikolaus damit dem Zarentume den Todesstoß versetzt habe. Ihm habe garnicht das Recht zugestanden, einem Unmündigen, dem rechtmäßigen Thronerben die Krone zu nehmen; damit sei der Grundsatz der Legitimität dahin, das Rückgrat der Dynastie gebrochen.

Mit dem Kompromiß der Duma-Abgesandten war es nicht getan. Die Duma selbst und deren Vollziehungsausschuß standen unter dem zwingenden Drucke der „Räte" (Sowjet) und diese wollten von keinerlei Zarentum wissen, sie verlangten peremptorisch sofortige Ausrufung der Republik. Kein Romanow sollte mehr aufkommen! Die „Provisorische Regierung" drang infolgedessen in den Großfürsten Michael, von der Krone abzustehen. Dieser fand sich hierzu auch bereit. Er verzichtete auf dieselbe, jedoch nur, bis die einzuberufende konstituierende Versammlung über die künftige Staatsform entschieden haben werde. Nur aus ihrer Hand wollte er die Krone entgegennehmen. Und so trat Thronvakanz ein. Die konstituierende Versammlung kam garnicht zustande.

Ob Nikolaus so willfährig gewesen wäre, wenn er die Kaiserin Alexandra zur Seite gehabt hätte? Als Großfürst Paul, am 17. März, Ihrer Majestät, die in Zarskoje-Selo weilte und seit zwei Tagen von ihrem Gemahl nichts gehört hatte, die Abdankung melden kam, vermochte sie es nicht zu fassen. „Es ist unmöglich! — Es ist nicht wahr! — Es ist das wieder eine Erfindung der Zeitungen! — Ich glaube an Gott und habe Vertrauen in die Armee. Weder der Eine noch die Andere haben uns in so schwerer Stunde verlassen können!" — Als der Großfürst die Abdankungsurkunde verlas, die eben veröffentlicht worden war, konnte sie freilich nicht länger zweifeln. Da brach die Stolze, die sich so zäh aufrecht erhalten hatte, in Tränen aufgelöst, zusammen.

Nikolaus hatte sich ausbedungen, daß er unbehindert nach Zarskoje-Selo gelangen und ihm auch der Weg an die Murmanküste offen bleiben sollte. Beides war ihm zugestanden worden. Nur zu bald indes riefen die „Räte": „Der Bürger Romanow und seine Gattin Alexandra, die Deutsche, arbeiten heimlich, im Einvernehmen mit den Gemäßigten unter den Ministern, an einer Wiederherstellung der Autokratie". Sie verlangten: sofortige Verhaftung der Ex-Souveräne. Die provisorische Regierung strich abermals die Segel. Und so wurden Nikolaus und Alexandra in aller Form zu Zarskoje-Selo als Gefangene interniert. Sie hatten gehofft, nach England gelangen zu können, wo ihnen der König ein Asyl angeboten hatte. Auch hierzu war es zu spät. Alles, was die Kaiserin erwirkte, war, daß sie die Bediensteten beibehalten durfte, mit deren Hilfe sie die erkrankten Kinder pflegte. Die Unglücklichen haben die Freiheit nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Südwestdeutsche Industrie- und Wirtschafts-Zeitung

3. Juli — Handelszeitung der Badischen Presse. — Nr. 299

Der Dollar = Mk. 401.49

Die Verkehrslage im Rheinstromgebiet.

Mitteilungen der Karlsruher Schiffahrts-A.-G., Karlsruhe.

Die Schiffsmieten sind während der letzten Tage an der Ruhr noch weiter gestiegen. Es sind für Rheinkähne ℳ 2.15 und für Kanalschiffe bis zu ℳ 2.30 pro Tonne und Tag bezahlt. In Holland war die Mitte nachgiebiger; sie stellte sich auf 3 bis 3½ Cents pro Tonne und Tag.

Die Schleppsätze stellten sich während der Berichtswoche von der Ruhr bis Mannheim auf ℳ 120.—/125.— pro Tonne, für den Anschlußdienst von Mannheim nach dem Oberrhein kamen nach Karlsruhe ℳ 30.—/32.—, nach Kehl/Straßburg ℳ 80.—/82.— in Betracht. Am Oberrhein war erhebliches Schleppgut vorhanden, während Schleppkraft gesucht war. Dies hat darin seinen Grund, als infolge der hohen Bergschlepplöhne von der Ruhr eine große Anzahl Boote nach der Ruhr gelegt wurden.

Der Basler Verkehr bewegt sich weiter in vollem Umfang, nachdem der günstige Wasserstand im ganzen Rheinstromgebiet auch weiter anhält. Zur Zeit hat der Cauber Pegel noch mehr als drei Meter Wasserhöhe, der Hüninger Pegel 2.90 m, sodaß alle Vorbedingungen vorhanden sind, um den Verkehr in günstigster Weise zu beeinflussen. Die Ankünfte in Rotterdam waren nicht mehr so bedeutend, wie in den letzten 14 Tagen. Der Exportverkehr nach Holland hat wesentlich nachgelassen, was sich besonders auch hinsichtlich der Exportkohlen aus dem Ruhrgebiet sagen läßt, wie wir auch heute wieder konstatieren, daß die für den Karlsruher Hafen ganz besonders wichtige Holztransporte nach Holland z. Zt. nur einen sehr geringen Umfang aufweisen. Die Freigabe des Verkehrs mit Auslandzucker ermöglichte die Abfertigung ziemlich bedeutender Mengen über Holland nach dem Oberrheingebiet; es sind auch weitere Transporte solcher Art neben belangreichen Getreideverladungen für die allernächste Zeit zu erwarten. Die an den Oberrheinhäfen zur Ausladung kommenden Kohlen bestehen zu einem guten Teil auch aus Auslandware, womit sich die Industrie versehen muß. Infolge der derzeitigen Verhältnisse wird sich auch der Hausbedarf an Auslandkohle und dementsprechend auch an teuere Auslandspreise gewöhnen müssen, wenn der Wintervorrat zur rechten Zeit gesichert sein soll.

Von Karlsruhe zu Tal nach den Mittelrheinplätzen gehen nach wie vor belangreiche Quantitäten Schnittholz und Papierholz, während sonstige nennenswerte Verladungen zu Tal nicht in Betracht kommen.

Industrie und Handel.

b. **Vorsorge G. m. b. H. in Karlsruhe.** Die mit einem Stammkapital von 200 000 ℳ neu gegründete Gesellschaft bezweckt die Deckung von allen Arten von Schäden an Grundstücken, Gebäuden und beweglichen Sachen, sowie die Uebernahme von Haftpflichten gegenüber von dritten Personen. Geschäftsführer ist Prokurist Dr. Fritz Peitgen in Karlsruhe.

b. **Wohnungsbau für Industrie und Handel G. m. b. H. in Karlsruhe.** Die zum Zwecke des Kleinwohnungsbaus für Arbeiter und Angestellte gegründete Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von 6 Millionen ℳ. Als Geschäftsführer sind die Herren Stadtbaurat Dr. ing. Johannes Dommer und Kaufmann Albert Brauchle, beide in Karlsruhe, bestellt.

n. **Pfälzische Mühlenwerke Mannheim.** Die Gesellschaft beruft auf den 28. Juli ihre ordentliche Generalversammlung ein, die neben den Regularien auch eine Kapitalserhöhung zu beschließen haben wird.

n. **Gemeinnützige A.-G. für Wohnungsbau, Ludwigshafen a. Rh.** Die Generalversammlung stimmt den Anträgen der Verwaltung zu, wonach die 4 Prozent Dividende nich verteilt, sondern zu Betriebszwecken verwendet und das Kapital um 4 auf 8 Millionen Mark durch Ausgabe von 2000 Stamm- und 2000 Vorzugsaktien erhöht wird. Die neuen Namens-Aktien werden den Aktionären zum Nennwert angeboten. An Stelle des verstorbenen Aufsichtsratsmitglieds, Stadtrat B. Schmidt, wurde Bürgermeister Dr. Butscher gewählt.

Beer, Sondheimer u. Co., Frankfurt a. M. Das bekannte Haus der Metallbranche blickt dieser Tage auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurück.

Kostheimer Zellulose- und Papierfabrik Mainz-Kostheim. In der a. o. H.-V., auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Aufsichtsratswahl stand, wurde vor allem die Frage des Hartmannkonzerns erörtert. Nachdem die Verwaltung auf eine Anfrage, die sich auf die Sanktionierungsangebote des Hartmannskonzern bezog, die Auskunft verweigerte, da dies eine rein private Angelegenheit sei, wurde von demselben Opponenten der Antrag gestellt, das Stimmrecht der Vorz.-Aktien bei der Abstimmung außer Kraft zu setzen, da infolge der ungarischen Staatsangehörigkeit des Herrn Hartmann, der außerdem mit schwedischem Gelde arbeite, die Gefahr einer Ueberfremdung drohe. Auch dieser Antrag wurde von der Verwaltung abgelehnt. In der endgültigen Abstimmung wurden die vorgeschlagenen neuen Aufsichtsratsmitglieder gewählt, wogegen von dem Opponenten Protest zu Protokoll gegeben wurde.

Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn A.-G. in Bochum. Die ordentl. Generalversammlung genehmigte den Jahresabschluß, der einen Verlust von 4,151 (i. V. Verlust 4,180) Millionen ergibt. Zum Geschäftsbericht wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß das Berichtsjahr recht ungünstig gewesen sei. Wenn schon auch ziffernmäßig sich der Verlust nicht erhöht habe, so seien doch die Ueberweisungen an den Erneuerungsfonds derart minimal, daß sie einfach nicht ausreichten. Der Vorsitzende appellierte an ein gemeinsames Vorgehen mit den Behörden (bekanntlich sind die Aktien der Gesellschaft im Besitz von Kommunen und der Stadt Gelsenkirchen). Die Gründe für die verlustreiche Bilanz seien in der Hauptsache in den drückenden Verkehrssteuern und in der Erhöhung der Lohntarife mit rückwirkender Kraft zu suchen, eine Maßnahme, die schlechterdings auf die Fahrpreise keine Anwendung finden könne und schließlich in der deutlichen Abwanderung bei dem Betrieb. Seit Anfang Mai allerdings seien die Straßenbahnen von der Steuer für ein Jahr freigestellt worden, da man regierungsseitig eingesehen habe, daß die Belastung einfach nicht zu ertragen sei.

Aus dem Fränkelkonzern, Hafag, Heinrich Fränkel A.-G. für Versicherungsvermittlung, Berlin. Die Generalversammlung genehmigte die Jahresrechnung von 1921 und setzte die Dividende auf 10 (7½) Prozent fest. Wie der Bericht des Vorstandes bemerkt, brachte das Geschäftsjahr 1921 wiederum eine Ausdehnung der Geschäfte der Gesellschaft in allen Zweigen. Die Zahl der vermittelten Versicherungen hat sich gegen das Vorjahr etwa verdreifacht. Die zum Konzern gehörigen Gesellschaften befinden sich in günstiger Entwicklung. Auch das Geschäftsjahr 1922 zeigt weitere Fortschritte.

Die A.-G. für Industriewerte (Agfi) in Luzern erhielt 1920 von der Julius Sichel u. Co. K.-G. a. A. gegen Agfiaktien einen größeren Posten Effekten und Beteiligungen, die aber später aus Gründen der Währungsveränderung zum teil wieder in Sichelaktien umgetauscht wurden, so daß die Gesellschaft 45 Proz. des 100 Millionen betragenden Sichelkapitals besitzt. Sie hat von dieser Umtauschaktion her jetzt soviele eigene Aktien zur Verfügung, daß sie der Generalversammlung vorschlägt, statt einer Dividende auf je 10 volle Coupons eine Aktie von 500 Frcs. mit Dividendengenuß ab 1. Jan. 1922 auszuhändigen.

Neugründungen: Dr. Hans Haimschild A.-G. Nürnberg (chem. Produkte und Oxydationsmittel) mit 2,2 Mill.; Böblinger Maschinenbau A.-G. Böblingen mit 2 Mill.; Vulkanwerk A.-G. Reutlingen (Holzstabgewebe, Metall- und Drahtwaren) mit 3 Mill.; Schuhfabrik Pfullingen A.-G. mit 4 Mill.

Abschlüsse: Raustein- und Zementwerk vorm. Munding A.-G. Mössingen (Verlust 971 691 Mk.) (i. V. 304 567); Klosterdestillerie Lorch A.-G. Lorch (Verlust 2 762 Mk.)

Dividendenvorschläge: Ver. Höfner — J. A. Uhlmann und Dr. Klinger — Robert Weigl A.-G. Nürnberg 20 Proz., Oskar Rosner Schuhfabrik A.-G. München 12 Proz., Waggonfabrik Joseph Ratgeber A.-G. München-Moßbach 30 (21) Proz., Frankfurter Kreditanstalt 8 Proz., C. F. Bally Schönenwerd (Schweiz) 6 Proz., Deutsche Kautschuk A.-G. und Kautschukpflanzung „Meanja" A.-G. Berlin-Kamerun je 5 Proz., Lübecker Maschinenbau A.-G. 18 (12) Proz. auf alte, 4½ (3) Proz. auf junge Aktien.

Entscheidungen des Reichsfinanzhofes.

Zur Frage der zollfreien Einfuhr. Ein bei einer Transportversicherungsgesellschaft aus Anlaß einer Reise ins Ausland versicherter Koffer mit Reisegerät war unterwegs verloren gegangen. Die Gesellschaft zahlte dem Versicherungsnehmer die Versicherungssumme aus. Später wurde der Koffer mit Inhalt im Ausland wieder aufgefunden und auf Veranlassung der Gesellschaft ins Inland gesandt, wo beim zuständigen Zollamt die Abfertigung zum freien Verkehr erfolgte und Zoll und Aufgeld hinterlegt wurden. Die Gesellschaft verlangte Freistellung von der Abgabe auf Grund des § 6 Ziff. 3 und Ziff. 6 des Zolltarifgesetzes. Keine dieser Vorschriften ist jedoch anwendbar. Nach § 6 Ziff. 3 a. a. O. bleiben vom Zoll befreit gebrauchte Kleidungsstücke und Wäsche, die nicht zum Verkauf oder zur gewerblichen Verwendung eingehen. Der Koffer mit Inhalt ist von der Versicherungsgesellschaft, die durch Bezahlung der Versicherungssumme das Verfügungsrecht über das wiedergefundene Packstück erlangt hatte, dem Versicherungsnehmer käuflich überlassen worden. Selbst wenn die Vereinbarung mit diesem erst nach Verbringung des Koffers in das Zollinland geschlossen sein sollte, muß als feststehend angesehen werden, daß die Kleidungsstücke usw. „zur gewerblichen Verwendung" eingingen. Denn die Versicherungsgesellschaft mußte, wenn sie die Waren ins Inland brachte, darauf bedacht sein, sie dort zur Deckung des ihr erwachsenen Verlustes unter möglichst günstigen Bedingungen zu veräußern. Die in Ziffer 6 a. a. O. vorgesehene Befreiung wird unter anderem gewährt für Gebrauchsgegenstände aller Art, die Reisende zum persönlichen Gebrauch mit sich führen oder die ihnen zu diesem Zwecke vorausgeschickt oder nachgesandt werden. Dieser Fall liegt hier nicht vor. Die Verzollung der Waren ist daher zu Recht erfolgt. (Urteil vom 5. April 1922, IV a A 152/21.)

Zur Vergütungssteuer für die an die Aufsichtsratsmitglieder gezahlte Vergütung. Tarifnummer 9 des Reichsstempelgesetzes 1918 versteuert die Vergütungen, die den zur Ueberwachung der Geschäftsführung einer Gesellschaft bestellten Personen gewährt werden. Voraussetzung für die Anwendung der Vorschrift ist, daß die Vergütung von der Gesellschaft den Mitgliedern ihres Aufsichtsrats gewährt wird. Wird die Vergütung einem Aufsichtsrat von dritter Seite gewährt, so findet die Tarifnummer keine Anwendung, es sei denn, daß die Zahlung für Rechnung der Gesellschaft erfolgt. (Urteil vom 25. April 1922 II A 554/21.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlmarktes. Das amerikanische Fachblatt „The iron trade revliew", Cleveland, Ohio, kabelt: Infolge verminderten Ausbringens der amerikanischen Hochöfen und der hohen Kokspreise wurden 1200 Tonnen englisches Ferromangan zum Preise von 67,50 Dollar fob gekauft. Weitere Käufe stehen bevor. Ebenso wurden 1500 Tonnen englischer Koks zu 16,50 Dollar abgeschlossen. Von Händlerseite wurde ein Abschluß auf 5000 Tonnen französisches Roheisen zu 24 Dollar frei Philadelphia getätigt. Neue Geschäfte in Stahl werden zwar lebhaft abgeschlossen, jedoch sind einige Walzwerke schon überbeschäftigt. Der Automobilbau erreichte eine neue Höchstziffer. Die Eisenbahnen bestellten weitere 45 000 Wagen. Aus dem Osten liegt eine Anfrage auf 10 000 Tonnen Schienen vor. Für Brasilien wurden 2300 Tonnen Baustahl gebucht. Das Roheisengeschäft zeigt Zurückhaltung in Erwartung der durch die Frachtermäßigungen am 1. Juli eintretenden Preisnachlässe. Die Oelindustrie benötigt große Mengen Grobbleche.

Die amerikanische Automobilindustrie. Von der seit einiger Zeit sich gebesserten Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten hat am meisten die Automobilindustrie profitiert. Im April wurden fertiggestellt 196 512 Personenwagen (im März 152 647) und 21 944 Lastkraftwagen (im März 19 449). Die Fordwerke erreichten ihre bis dahin höchste Tagesproduktion am 17. Mai mit 4578 Motorfahrzeugen und stellten am darauffolgenden Tage das sechsmillionste Motorfahrzeug fertig.

Ausfuhr nach Kanada. Die kanadische Regierung hat dem Parlament den neuen Staatshaushaltplan vorgelegt, der die Aufhebung der Valutaklausel, der vorjährigen Dumpingklausel, der Vorschriften, betreffend die Kennzeichnung von Einfuhrwaren, und der Fakturenbeglaubigung vorsieht. Eine Aufhebung dieser Bestimmungen, die bis jetzt noch nicht erfolgt ist, wäre, wenn sie vom kanadischen Parlament beschlossen werden sollte, im Interesse des deutschen Ausfuhrhandels außerordentlich zu begrüßen. Um neuen Sondermaßnahmen der kanadischen Regierung dann für die Zukunft vorzubeugen, wird jedoch die deutsche Ausfuhrindustrie bedacht sein müssen, grundsätzlich nur Qualitätsware zu angemessenen Preisen nach Kanada auszuführen. Es liegt im Interesse der deuschen Ausfuhr, daß alle deutschen Exportzweige hiernach handeln und nur Waren von einwandfreier Qualität nach Kanada zur Ausfuhr bringen.

Exportkredite für die französische Eisenindustrie. Unter Führung der „Banque Nationale Francaise pour le Commerce Exterieure" soll eine Finanzgruppe gebildet werden, die der französischen Eisenindustrie größere Exportkredite zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Ein Projekt hierfür liegt bereits dem Handelsministerium vor. Abgesehen von den Großbanken, Kreditinstituten und anderen Banken würde sich höchstwahrscheinlich auch eine Industriegruppe beteiligen, wobei dieser die Haftung für die bewilligten Kredite, jener die Bereitstellung der nötigen Gelder obliegen würde.

Banken und Geldwesen.

Die Oberrheinische Bankanstalt A.-G. in Konstanz hielt am 30. Juni eine außerordentliche Generalversammlung ab. Auf Antrag des Vorstandes und des Aufsichtsrates ist die Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals sowie die anderen auf der Tagesordnung stehenden damit zusammenhängenden Punkte (Satzungsänderungen und Aufsichtsratswahl) bis zur nächsten in einigen Wochen stattfindenden ordentlichen Generalversammlung verschoben worden, da bezüglich der Kapitalserhöhung und Berücksichtigung der in großem Umfang eingelaufenen Zeichnungen noch weitere Klärungen und Entschließungen zweckmäßig erscheinen.

Die Schwedische Reichsbank hat ihren Diskontsatz um ½ Prozent auf 4½ Prozent ermäßigt.

Waren und Märkte.

Bodenerzeugnisse

n. **Weitere starke Mehlpreiserhöhung.** Die süddeutschen Mühlen haben mit ihrem Preis für Weizenmehl Spezial diesmal gleich einen kräftigen Sprung gemacht, nämlich um 150 ℳ, von 2550 ℳ auf 2700 ℳ pro 100 Kilo mit Sack ab Mühle.

Textilien

Baumwolle. Bremen, 1. Juli. Schlußkurs: Amerikanische Baumwolle fully good middling Colour 28 mm Staple loko 216.70 per Kilo.

Zu der am **Montag, den 3. Juli, abends 8 Uhr** im **„Elefanten"** stattfindenden **Monats-Versammlung** wird das Erscheinen aller

Auslanddeutscher

dringend erwartet. U. a. Bericht des Herrn Konsul Aselmeyer über seine Reise nach Berlin, sowie über die Entschädigungshöhe der Endentschädigung.
Bund der Auslanddeutschen. 9353

Von der Reise zurück!
Dr. med. Schiller
Sofienstr. 120 9275 Tel. 1703.

Von der Reise zurück!
Hellmut Bertsch
Dentist B25032
Karlsruhe Parkstr. 17, III.

Verlobungskarten werden rasch und sauber angefertigt in der **Druckerei d. Bad. Presse**

Städt. Konzerthaus
Gesamt-Gastspiel des Neuen Operetten-Theaters Bonn. 9399
Leitung: Direktor Adalbert Steffter.
Heute Montag und täglich abends 7½ Uhr:
Alt Wien
Operette in 3 Akten von Lanner.

Bad. Landestheater.
Montag, den 3. Juli. 7—10 Uhr. Mk. 35.—
Volksbühne N 2
Die Weber.

Lagerhaus zu vermieten.
In dem Anwesen Kriegsstraße 200/202 ehemalig. Proviantamt ist ein fünfstöckiges Lagerhaus (früheres Mehlmagazin) mit 5 erstklassig. Lagerböden von je 432 qm Grundfläche zu vermieten. Elektrischer Lastenaufzug von 500 kg Tragkraft ist vorhanden. Die Miete kann auf längeren Zeitraum abgeschlossen werden. Der Mieter hat für die bauliche Unterhaltung des Gebäudes selbst aufzukommen. Besichtigung täglich zwischen 11 und 12 Uhr, Schlüssel bei Herrn Burger, Kriegsstraße Nr. 200, zweiter Stock. Angebote mit Angabe des gebotenen Mietzinses sind bis spätestens 7. Juli 1922, vormittags 10 Uhr an das Bezirksbauamt, Stefanienstr. 28, zu richten. 9 5
Karlsruhe, 30. Juni 1922.
Bezirksbauamt.

In 30 Minuten Ihr Paßbild 722,
nur im Photogr. Atelier Kaiserst. 50. Eing. Adlerst.

Teppich-Reinigung
mit elektr. Betrieb, schonende Behandl., Aufbew. v. Teppiche, Pelze, Möbel u. Garantie vor Mottenschäden. 2610
Anton Illing,
Adlerstraße 4, Tel. 2244.

Kleider, Schuhe,
Wäsche, Möbel, Federnbetten, Teppiche, Nähmaschinen, Uhren u. aller Art Gegenstände kaufe ständig zu reellen Tagespreisen **Glotzer,** Zähringerstr. 53a, Tel. 3488

Bekanntmachung.
Die städtische Preisprüfungsstelle, Unterausschuß für allgemeine Lebensmittel, hat mit den Vertretern der Bäcker-Innung Karlsruhe folgende **Preise f. markenfreie Backwaren ab 3. Juli 1922** vereinbart:

Wasserweck	80 gr.	2.50 Mk.
Weizenbrot	250 gr.	7.— Mk.
Weizenbrot	500 gr.	14.— Mk.
Halbweisbrot	400 gr.	8.20 Mk.
Kornbrot	500 gr.	8.60 Mk.
Tafelbrot, Kümmelbrot, Milchbrot, Salzwecke, Salzhörnchen, Salzstangen, Salzbretzeln Mohnbrötchen, Laugenwecke		1.25 Mk.

Die vorstehenden Preise sind gemäß der ortspolizeilichen Vorschrift vom 29. 6. 1915, den Verkauf von Gegenständen des Kleinhandels betr. durch einen von außen deutlich sichtbaren u. lesbaren mit amtlichem Stempel versehenen Anschlag im Verkaufslokal anzubringen. Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Auf Verlangen muß das Brot vorgewogen werden.
Karlsruhe, den 1. Juli 1922.
Städtisches Preisprüfungsamt.

Bekanntmachung.
Für die Stadt **Karlsruhe** u. den **Landbezirk** wurden ab 4. 7. 22 folgende Richtpreise festgesetzt:

Bohnen, grüne	Pfd. 10.— ℳ	Radieschen	Bund 0.80 ℳ
Erbsen	„ 7.— ℳ	Wienerrettiche u. Eiszapf.)	Bund 1.— ℳ
Karotten, rund*)	„ 6.— ℳ	Rettich	Stück 1—1.50 ℳ
„ länglich*)	„ 5.— ℳ	Rhabarber	Pfd. 2.60 ℳ
Kohlrabi	„ 4.— ℳ	Rote Rüben*)	„ 2.— ℳ
Kopfsalat	Stück 1.50 ℳ	Spinat	„ 3.50 ℳ
Mangold	Pfd. 2.50 ℳ	Wirsing	„ 2.50 ℳ
Pilze:		Zwieb. m. Schlot.	„ 3.— ℳ
Pfifferling (Röhling)	Pfd. 8.— ℳ	**Obst:**	
Steinpilze	„ 6.— ℳ	Johannisbeeren	Pf. 10 ℳ
		Stachelbeeren	Pfd. 8 ℳ

*) Kraut höchst. 10 cm lang.

Die Kleinverkäufer sind gesetzlich verpflichtet, in ihren Verkaufsräumen oder an den Verkaufsständen Preisaushänge bezw. Preisschilder anzubringen; wer dieses unterläßt macht sich strafbar.
Karlsruhe, den 1. Juli 1922. 9377
Der städt. Preisprüfungs- u. Ueberwachungsausschuß für Marktwaren, Obst und Gemüse.
Die Bezirkspreisprüfungsstelle Karlsr.-Land.

Kirschenkerne
von süßen u. sauren Kirschen diesjähriger Ernte **zu kaufen gesucht.**
Angebote unter Nr. B25022 an die „Badische Presse" erbeten.

„Restaurant Rheingold"
Waldhornstraße 22
Anerkannt vorzügliche Weine und gute Küche
Guter Mittagtisch — Reichhaltige Abendkarte
Schrempp-Printz-Bier. 3790

Anzugstoffe
und fertige Anzüge kaufen Sie immer äußerst preiswert und gut bei
Krause & Baitsch
Waldstraße 11 9316
Preiswerte Schneider zu Diensten.

Partie-Haus
2 Durlacher-Allee 2
Eleg. Damenstiefel von ℳ **140** an
Eleg. Damen-Halb-Spangenschuhe „ „ **148** „
Herrenstiefel „ „ **250** „
Kinderschuhe aller Art.
Anzüge, Hosen und Joppen zu sehr billigen Preisen bei
Prima **L. Brand.** Qualität
4770

Mk. 250—300000.-
gegen sehr gute Sicherheit und hohe Verzinsung
sofort gesucht.
Gefl. Angebote von Selbstgeber unter Nr B25020 an die „Bad. Presse" erbeten.

Ihr Paßbild
in wenigen Minuten nur im 7219
Photogr.-Atelier,
Herrenstraße 38.

Komme pünktlich!
Zahle die höchst. Preise für getr. **Herrenkleider, Schuhe, Wäsche, Uniformen, Pfandscheine.**
A. Okuniewski,
Brunnenstr. 4. B25052

Telephon 1071
rufen Sie an, wenn Sie **Kleider, Schuhe, Möbel, Wäsche** etc. verk. wollen
R. Billig, Markgrafenst. 17

Gebr. Möbel
jeder Art sowie ganze Haushaltungen werden zu reellen Preisen an- und verkauft. 19882
Möbelgesch., **Karl Weidemann,** Kapellenstr. 52.

Residenz-Lichtspiele
Waldstr. 30 Telefon 5111.
Bis einschl. Dienstag, den 4. Juli 1922.
Die Goldene Pest
Abenteuer-Drama in 6 Akten.
In den Hauptrollen:
Louis Ralph, Anita Berber
Rudolf Klein-Rhoden.
Heirat wider Willen
(Das Panzergeschoß)
6 Akte. 9276